

1553/J

28. Sep. 2007

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Martin Graf
und anderer Abgeordneter
an den Bundesminister für Inneres

betreffend: Interventionen für Michail Cherney.

In Ihrer Anfragebeantwortung 1232/AB vom 31.8.2007 zu unserer Anfrage 1169/J vom 4.7.2007 bleiben die Fragen 1 bis 4 mit der Begründung unbeantwortet, dass im Ressort des Bundesministerium für Inneres kein diesbezüglicher Aktenvorgang evident ist.

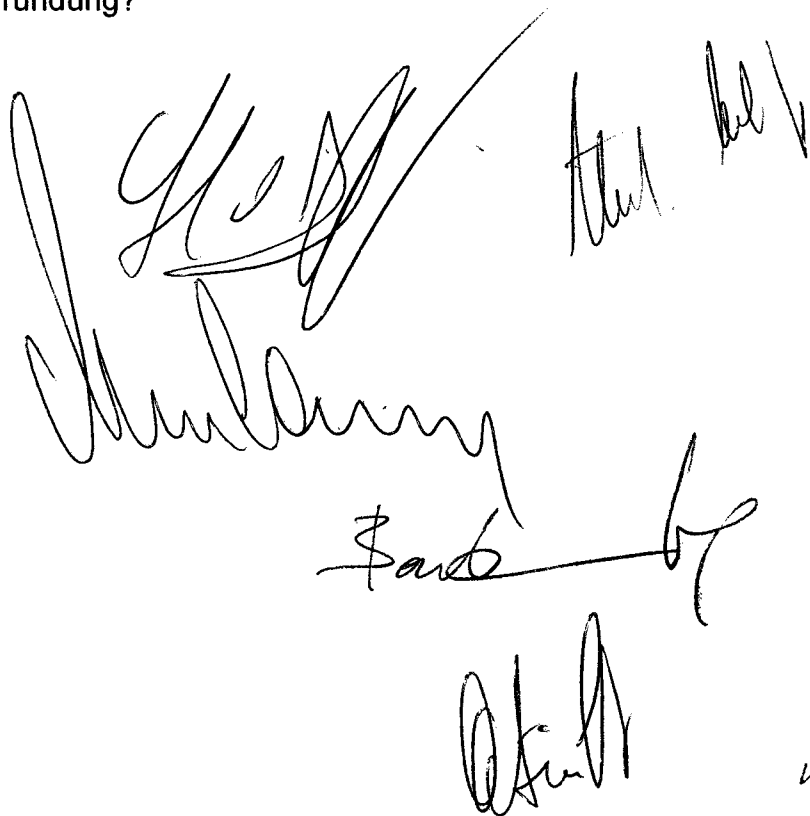
Der Zeitschrift „Profil“ wurden jedoch Aktenvermerke des Bundeskriminalamtes zugespielt, die zum Teil auch im Profil Nr. 27 vom 2. Juli 2007, S. 44-48, faksimiliert veröffentlicht wurden. Im Zuge der Recherchen zu den Untersuchungsgegenständen 5 und 6 (gem. Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses vom 30.0.2006 – Prüfauftrag) des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo-Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister wurden diese Aktenvermerke auch uns von anonymer Seite zugetragen und werden nunmehr neben der Anfrage 1169/J und Ihrer Anfragebeantwortung 1232/AB zu dieser gegenständlichen Anfrage in Kopie beigelegt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres folgende

Anfrage:

- 1) Ist das Bundeskriminalamt beim Ressort des Bundesministers für Inneres?
- 2) Wenn ja, entsprechen die uns zugegangenen Aktenvermerke den Tatsachen?
- 3) Wenn nein, handelt es sich um Fälschungen?
- 4) Wurde Mag. Zwettler vom Bundeskriminalamt vor dem Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo-Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister zu diesen Aktenvermerken befragt?
- 5) Wenn ja, hat er die Echtheit der Aktenvermerke bestätigt?
- 6) Wurden Sie, in Anbetracht der vorliegenden Unterlagen, über die Causa Cherney aus Ihrem Ressort falsch informiert?
- 7) Wenn ja, wer ist dafür verantwortlich (Nennung der Abteilung und Person)?
- 8) Was war der Beweggrund?

- 7) Wer hat seitens des Kabinetts der Bundesministerin für äußere Angelegenheit, Dr. Benita Ferrero-Waldner, interveniert?
- 8) Wurde bei dieser Intervention außer jener, dass „größtes geschäftliches Interesse der BAWAG“ bestünde, noch weitere Begründungen angeführt?
- 9) Wenn ja, welche?
- 10) Standen die Interventionen in einem direkten oder indirekten Zusammenhang mit der BAWAG?
- 11) Wenn ja, um welche Zusammenhänge handelte es sich (Sachverhalt und involvierte Personen)?
- 12) Gemäß Anfragebeantwortung 1336/AB vom 10.9.2007 der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten wurde Michail Cherney bereits am 22.3.2001 ein Visum ausgestellt. Gab es auch dafür Interventionen?
- 13) Wenn ja, von wem?
- 14) Mit welcher Begründung?

The block contains several handwritten signatures and initials in black ink. At the top left is a large, stylized signature. To its right are the initials 'H. B.'. Below the large signature is another signature. In the center is a signature that appears to be 'F. B.'. To the right of 'F. B.' is a signature that looks like 'G.'. At the bottom center is a signature that appears to be 'A. B.'.

Wien am
27. SEP. 2007



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

XXIII. GP.-NR

1232 IAB

04. Sep. 2007

zu 1169 IJ

GÜNTHER PLATTER
HERRENGASSE 7
A-1014 WIEN
POSTFACH 100
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
guenther.platter@bmi.gv.at

GZ.: BMI-LR2220/0363-II/3/2007

Wien, am 31. August 2007

Die Abgeordneten Mag. Dr. Martin Graf, Kolleginnen und Kollegen haben am 04. Juli 2007 unter der Nr. 1169/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Interventionen für Michail Cherney“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

In meinem Ressort ist kein diesbezüglicher Aktenvorgang evident.

Zu den Fragen 5 bis 7:

Nein.

Zu Frage 8:

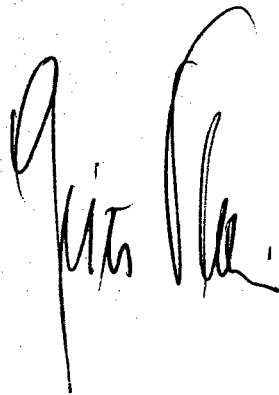
Ich ersuche um Verständnis, dass ich über laufende oder bereits abgeschlossene nationale Verfahren aus datenschutzrechtlichen Gründen bzw. internationale Verfahren infolge der Bestimmungen des Polizeikooperationsgesetzes, wonach Auskünfte nur nach Zustimmung der ausländischen Sicherheitsbehörden erteilt werden dürfen, keine Auskunft geben kann.

Zu den Fragen 9 und 10:

Für Österreich als Mitglied des Schengener Verbundes, hat die nach wie vor bestehende Ausschreibung der französischen Sicherheitsbehörden Rechtsgültigkeit. Demnach hat sich jeder Mitgliedsstaat an die Bestimmungen des Artikel 96 des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) zu halten. Es ist daher auch im Fall Cherney nicht notwendig, eine separate Ausschreibung bzw. ein Einreiseverbot zu erlassen, da eine Ausschreibung gemäß Art 96 SDÜ für jeden Schengenstaat gültig ist und einen Visumversagungsgrund darstellt.

Zu Frage 12:

Derzeit sind Aufenthaltsverbote für die Schweiz und für Bulgarien bestätigt.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'P. Kitz' or similar, with a stylized flourish at the end.

XXIII. GP.-NR

1169/J

04. Juli 2007

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Martin Graf
und anderer Abgeordneter
an den Bundesminister für Inneres

betreffend: Interventionen für Michail Cherney.

Über Michail Cherney, geboren 1952 in Usbekistan (auch Mikhail, Michael, Mike Chernoy oder Tschernoy genannt) wurde seitens des Bundeskriminalamtes 2005 ein Profil erstellt. Dem entsprechend besteht gegen Cherney ein Einreiseverbot in Frankreich wegen „Gefährlichkeit und Zugehörigkeit zur russischen Großkriminalität“; es laufen Ermittlungen in der Schweiz wegen „Verdachts der Geldwäsche“; Untersuchungen wegen „unklarer Transaktionen“ in der BRD; es gibt eine Anklage wegen „Betrugs“ in Israel; ein Verfahren wegen „Zugehörigkeit zu kriminellen Organisationen“ in den USA sowie ein weiteres Einreiseverbot in Großbritannien und auch eines in Bulgarien.

Im Jahr 2002 drohte darüber hinaus wegen Politikerbestechung und Betrug die Aberkennung der Staatsbürgerschaft in Israel. Cherney wollte daraufhin nach Österreich einreisen, was ihm jedoch auf Grund der zahlreichen internationalen Ermittlungen und Anklagen vorerst verweigert wurde.

Gemäß einem Aktenvermerk des Bundeskriminalamtes vom 2.10.2003 (Bearbeiter: Bartl) fand am 30.9.2003 eine Besprechung mit GD Heinz Sundt von der Telekom Austria und Mag. Erich Zwettler u. a. vom Bundeskriminalamt statt. Dabei führte Mag. Zwettler aus, dass gegen den früheren Inhaber der bulgarischen MobilTel EAD, Michail Cherney, massive Vorwürfe existieren, die ihn als Mitglied einer kriminellen Organisationen aus den GUS vermuten lassen. Diesbezüglich würden aktuell polizeiliche Ermittlungen in mehreren westeuropäischen Ländern laufen. In Israel sei man bemüht, Cherney die israelische Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Im Zusammenhang mit dem offenkundig von der Telekom Austria beabsichtigten Kauf der bulgarischen MobilTel würden in Österreich derzeit journalistische Recherchen geführt, die offensichtlich auf negative Berichterstattungen zu dem beabsichtigten Kauf gerichtet sind. Im Klartext: Es war den Sicherheitsbehörden klar, dass es sich bei Cherney um ein gefährliches Individuum handelt.

Gemäß einem Aktenvermerk des Bundeskriminalamtes vom 22.10.2003 (Bearbeiter: Bartl) wurde Cherney im Mai 2003 in Visum erstellt. Dieses Visum sei auf Intervention des Kabinetts der Frau Außenministerin, damals Dr. Benita Ferrero-Waldner, erstellt worden und zwar mit der Begründung, dass größtes geschäftliches Interesse der BAWAG bestünde. Das Visum wurde ausgestellt, obwohl laut gegenständlichem Aktenvermerk Herr Reiserer, Leiter der Konsularabteilung bei der Österreichischen Botschaft in Tel Aviv, seine Bedenken mitgeteilt habe, da er die Sache Cherney gut kenne und von in Israel laufenden Ermittlungen wisse.

Das auf Interventionen der damaligen Bundesministerin für äußere Angelegenheiten ausgestellte Visum war bis 26.11.2003 befristet. Cherney beantragte eine Verlängerung, der jedoch aus genannten Gründen nicht stattgegeben wurde. Daraufhin setzte eine neue Interventionswelle ein. Laut Aktenvermerk des BKA vom

1.12.2003 hat am selben Tag der „frühere politische Funktionär und nunmehriger Lobbyist und Wirtschaftstreibende“ Josef Taus angerufen und sich betreffend „Michail Cherney“ erkundigt. Es wurde Taus mitgeteilt, dass eine neuerliche Visumausstellung nicht in Frage komme, weil „aufgrund einer Ausschreibung der französischen Sicherheitsbehörden im Sireneverbund“ dem Antragsteller Cherney „keine Einreise in das Bundesgebiet gem § 10 Abs 2, Z 3 und 4 des Fremdenengesetzes gestattet wird“ und dass „aus Sicht der Kriminalpolizei ebenfalls erhebliche Bedenken dagegen bestehen.“ Bei seiner Befragung vor dem Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo-Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister am 27.6.2007 gab Taus zu Protokoll, dass er „aus Kreisen der Familie Schlaff“ um diese Intervention gebeten worden sei.

Dies tat den Interventionen jedoch keinen Abbruch, denn nur 10 Tage später, am 11.12.2007 intervenierte der Generaldirektor der Casinos Austria, Leo Wallner für Cherney. Gem. „Notiz für den Herrn Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit“ vom 15.12.2003 „relevierte GD Wallner/Casinos Austria die Sichtvermerksangelegenheit Hr. Michael Cherney (ISR) und ersuchte, dass das BMI mit RA Dr. Winischhofer (Kanzlei Schuppich, Sporn und Winischhofer) Kontakt aufnehmen möge, der den Fall behandelt.“ Dr. Winischhofer ist der Rechtsanwalt von Michail Cherney. In der Notiz geht es noch weiter: „Zuletzt erging ein Schreiben von Fr. Dr. Schrefler-König/BMI an ÖB Tel Aviv am 9. Dezember (da. Zl. 1343.061/2-II/3/03), in dem mitgeteilt wurde, dass das Visum gem. § 11 Abs. 1 Z 1 FrG zu versagen wäre.“ Der Satzesatz in der Aktennotiz ist fettgedruckt: „Laut GD Wallner würde der angegebene Visa-Versagungsgrund aber nicht mehr bestehen“.

Letztendlich hatten die Sicherheitsbehörden nach Ablauf des Visums von Michail Cherney am 26.11.2003 kein weiteres Interesse, einen staatenlosen Oligarchen innerhalb der Landesgrenzen zu beherbergen. Es nutzen die Interventionen von Taus und Wallner offenbar nicht, das Visum zu verlängern. Jene Intervention von Ferrero-Waldner im Mai 2003 zur Ausstellung eines Visums hingegen schon.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres folgende

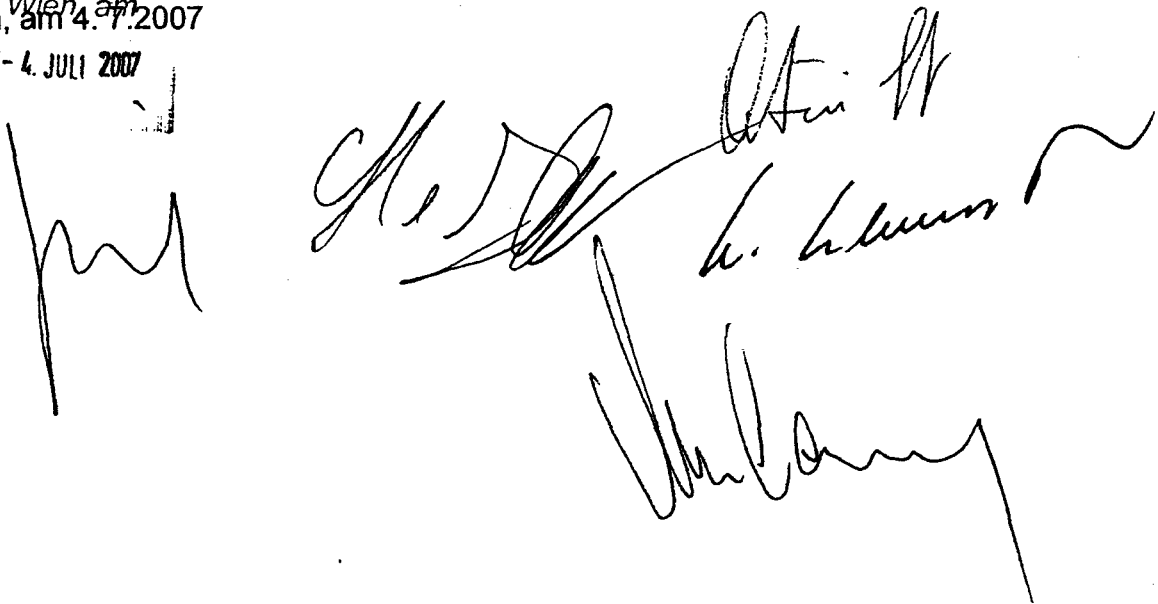
Anfrage:

- 1) Warum wurde Michail Cherney trotz der gegen ihn laufenden internationalen Ermittlungen im Mai 2003 dennoch ein Visum ausgestellt?
- 2) Wer genau hat seitens des Kabinetts der Bundesministerin für äußere Angelegenheit, Dr. Benita Ferreo-Waldner, interveniert?
- 3) Wurde bei dieser Intervention außer der genannten noch weitere Begründungen angeführt?
- 4) Wenn ja, welche?

- 5) Gab es außer den Fällen BMAA, Taus und Wallner noch weitere veraktete Interventionen, allenfalls im Fremdenpolizeiakt?
- 6) Wenn ja, von wem, wann und zu welchem Zweck?
- 7) Mit welcher Begründung?
- 8) Wie ist der gegenwärtige Stand der Ermittlungen gegen Michail Cherney (sowohl in Österreich als auch im Ausland)?
- 9) Wurde gegen Chernoy ein Einreiseverbot für die Republik Österreich verhängt?
- 10) Wenn nein, warum nicht?
- 12) Existieren Einreiseverbote betr. Michail Cherney in der Europäischen Union?

Wien, am 4.7.2007

- 4. JULI 2007

The block contains several handwritten signatures and a circular official stamp. On the left is a large, stylized signature. In the center is a circular stamp with the text '4. JULI 2007' and 'Wien'. To the right of the stamp are two more signatures, one of which appears to be 'H. L. L.' and another below it.



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
GENERALDIREKTION FÜR DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

BUNDESKRIMINALAMT

Bearbeiter: Bartl

Büro 3.1.3

Josef Halaubek Platz 1

A-1090 Wien

TEL +43-1 24 836 - 85707

FAX +43-1 24 836 - 85191 od. 85192

E-Mail: hubert.bartl@bmi.gv.at

Aktenvermerk

Wien, am 2. Oktober 2003

DVR:0000051

GZ.: 1.804 374/1-II/BK/31030

Betreff: **CHERNEY Mikhail;****Besprechung mit Telekom Austria**

Am 30.9.2003, 17.00 Uhr, fand im Gebäude der Telekom Austria in 1020 Wien, Lassallestraße 9, eine Besprechung statt, an der folgende Personen teilnahmen:

Telekom: GenDir. **Heinz SUNDT**
Dr. **HUBER**, als Rechtsberater

BK: Mag. **Erich ZWETTLER**, AL3
Mjr. **Gerhard JOSZT**, Leiter Büro 3.1
CI **Hubert BARTL**, Ref. 3.1.3

Mag. ZWETTLER führte aus, dass gegen den angeblich früheren Inhaber der bulgarischen MOBILTEL, Mikhail CHERNEY, massive Vorwürfe existieren, die ihn als Mitglied einer kriminellen Organisation aus den GUS vermuten lassen. Dbzgl. würden aktuell polizeiliche Ermittlungen in mehreren westeuropäischen Ländern laufen. In Israel sei man massiv bemüht, CHERNEY die israelische StA abzuerkennen.

Im Zusammenhang mit dem offenkundig von der Telekom-Austria beabsichtigten Kauf der bulgarischen MOBILTEL würden in Österreich derzeit journalistische Recherchen geführt, die offensichtlich auf negative Berichterstattungen zu dem beabsichtigten Kauf gerichtet sind.

Mag. ZWETTLER wies ausdrücklich darauf hin, dass seine Ausführungen keinesfalls Einfluss auf Entscheidungen der Telekom haben sollen. Das Interesse des BK sei ausschließlich auf Belange der inneren Sicherheit gerichtet.

Bartl



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
GENERALDIREKTION FÜR DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

ph 22/10
h. Rüdiger

Aktenvermerk

BUNDESKRIMINALAMT

Bearbeiter: Bartl

Büro 3.1.3

Josef Holabek Platz 1

A-1090 Wien

TEL +43-1 24 836 - 85707

FAX +43-1 24 836 - 85191 od. 85192

E-Mail: hubert.bartl@bmi.gv.at

Wien, am 22. Oktober 2003

DVR:0000051

GZ.: 1.804 374/1-II/BK/31030

Betreff: **CHERNEY Mikhail;**
Rückfrage bei ÖB in Tel Aviv

Herr

Mathias REISERER,

Leiter der Konsularabteilung bei der

ÖB in Tel Aviv

(Tel. 009723 / 612 09 24, 612 09 26 od. 613 06 83, Dw. 107)

teilte über Anfrage heute telefonisch mit, dass unter der Vignettennummer A03331636 im Mai 2003 für

Michael CHERNEY, 16.1.1952 geb.,

ein bis

26.11.2003

gültiges Visum ausgestellt wurde. Herrn CHERNEY wurde bereits vor 3 Jahren ein Visum ausgestellt.

Das im Mai 2003 ausgestellte Visum wurde über Intervention des Kabinetts der Frau Außenministerin erteilt, wobei begründet wurde, dass größtes geschäftliches Interesse der BAWAG besteht. Herr REISERER habe seine Bedenken mitgeteilt, da er die Sache CHERNEY gut kenne und von in Israel laufenden polizeilichen Ermittlungen wisse.

Bartl



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
GENERALDIREKTION FÜR DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

BUNDESKRIMINALAMT

Bearbeiter: Gerhard Joszt, Mjr
Büro 3.1 – Organisierte Kriminalität
A-1090 Wien – Josef Halaubek Platz 1
TEL +43 – 1/24836 – 85 310
FAX +43 – 1/24836 – 85 391
Gerhard.Joszt@bmi.gv.at

AKTENVERMERK

Wien, am 01.12.03

DVR:0000051

Zahl:

Betreff: **CHERNEY – Mikhael, Nat. i. Akt – Intervention betreffend Einreisesichtvermerk**

Am heutigen Tage teilte ORat Mag. ZWETTLER fernmündlich um ca 13.35 Uhr mit, dass ihn der Leiter des KBM, Herr Mag. ULMER anrief und sich um die Visaerteilung betreffend CHERNEY Mikhael erkundigte, da sich Herr TAUSCH, früherer politischer Funktionär und nunmehriger Lobbyist und Wirtschaftstreibender diesbezüglich erkundigte.

Herr ORat Mag ZWETTLER teilte dem Leiter des KBM mit, dass aufgrund einer Ausschreibung der französischen Sicherheitsbehörden im Sireneverbund dem Antragsteller, Herrn CHERNEY, keine Einreise in das Bundesgebiet gem § 10 Abs 2, Z 3 und 4 des Fremdenengesetzes gestattet wird und aus Sicht der Kriminalpolizei ebenfalls erhebliche Bedenken dagegen bestehen.

Auf den kriminalpolizeilichen Akt ZI. 1 804 374/1- II/BK/31030 und ZI. 8 128/185 – II/BK/31/03, darf besonders verwiesen werden.


Major Gerhard Joszt

Ges: AL 3, Mag ZWETTLER  1/12

Ablage : im Akt ZI 1 804 374/1- IIBK/31030

755

Sichtvermerk Hrn. CHERNEY

Notiz
für den
Herrn Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit

GD Wallner/Casinos Austria reagierte am 11. Dezember die Sichtvermerksangelegenheit Hr. MICHAEL CHERNEY (ISR) und ersuchte, dass das BMI mit RA Dr. WINISCHHOFER (Kanzlei Schuppich, Sporn & Winischhofer) Kontakt aufnimmt, der den Fall behandelt.

Zuletzt erging ein Schreiben von Fr. Dr. SCHREFLER-KÖNIG/BMI an ÖB Tel Aviv am 9. Dezember (da. Zl. 1343.061/2-II/3/03), in dem mitgeteilt wurde, dass das Visum gem. § 11 Abs. 1 Z 1 FrG zu versagen wäre. **Laut GD Wallner würde der angegebene Visa-Versagungsgrund aber nicht mehr bestehen.**

Um Mitteilung wird gebeten, ob die negative Stellungnahme des BMI weiterhin aufrecht ist oder adaptiert wird.

Wien, am 15. Dezember 2003

Im Auftrag des Hrn. GD an

15.12.03 von HGS KYRLE übernommen.

Wird zurückhaltend gehalten

o. BKA abgelehnt

16.12.03 W. P. R.